

**Bundesrepublik Deutschland**  
**Der Bundeskanzler**  
8 — 65304 — 6212/64

Bonn, den 15. Dezember 1964

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß § 21 Abs. 6 in Verbindung mit  
§ 77 Abs. 5 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetz-  
blatt I S. 737) in der zur Zeit geltenden Fassung die von der  
Bundesregierung beschlossene

**Fünfundneunzigste Verordnung**  
**zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963**  
**(Angleichungszoll für Vollmilchpulver)**

nebst Begründung.

Die Verordnung ist am 10. Dezember 1964 im Bundesgesetz-  
blatt Teil II S. 1497 verkündet worden.

Dem Herrn Präsidenten des Bundesrates ist die Verordnung  
gleichzeitig übersandt worden.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

**Mende**

## Fünfundneunzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 (Angleichungszoll für Vollmilchpulver)

Vom 8. Dezember 1964

Auf Grund des § 21 Abs. 2 Nr. 4 Buchstabe a des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737), zuletzt geändert durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 9. September 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 805), verordnet die Bundesregierung:

### § 1

Im Deutschen Zolltarif 1961 (Zolltarifgesetz vom 23. Dezember 1960 — Bundesgesetzbl. 1960 II S. 2425) unter der jeweils geltenden Jahresbezeichnung und in der jeweils geltenden Fassung wird die Tarifnr. 04.02 (Milch und Rahm usw.) wie folgt geändert:

1. Die Anmerkung wird mit Wirkung vom 6. Juli 1961 gestrichen.
2. In den Absätzen A-I-a-2-a, A-I-a-2-b, B-I-a-2-a und B-I-a-2-b werden die Angaben in Spalte 2a (Angleichungszollsatz für 100 kg Eigengewicht) für die Zeit vom 6. Juli 1961 bis 31. Oktober 1964 wie folgt geändert:
  - a) Für die Zeit vom 1. Dezember 1962 bis 31. Dezember 1962 wird in den Absätzen A-I-a-2-a und B-I-a-2-a die Angabe „ — “ und in den Absätzen A-I-a-2-b und B-I-a-2-b die Angabe „211, — ab-

züglich 100 % des Grenzpreises“ jeweils ersetzt durch: „4,46“.

- b) Für die Zeit vom 1. April 1963 bis 30. April 1963 wird in den Absätzen A-I-a-2-a und B-I-a-2-a die Angabe „ — “ und in den Absätzen A-I-a-2-b und B-I-a-2-b die Angabe „211, — abzüglich 100 % des Grenzpreises“ jeweils ersetzt durch: „—,79“.
  - c) Für die Zeit vom 1. Juli 1963 bis 31. Juli 1963 wird in den Absätzen A-I-a-2-a und B-I-a-2-a die Angabe „ — “ und in den Absätzen A-I-a-2-b und B-I-a-2-b die Angabe „211, — abzüglich 100 % des Grenzpreises“ jeweils ersetzt durch: „1,59“.
  - d) Für die Zeit vom 1. Januar 1964 bis 31. Januar 1964 wird in den Absätzen A-I-a-2-a und B-I-a-2-a die Angabe „ — “ und in den Absätzen A-I-a-2-b und B-I-a-2-b die Angabe „211, — abzüglich 100 % des Grenzpreises“ jeweils ersetzt durch: „1,18“.
  - e) Für die restlichen, in den Buchstaben a bis d nicht genannten Zeiträume wird in den Absätzen A-I-a-2-b und B-I-a-2-b die Angabe „211, — abzüglich 100 % des Grenzpreises“ jeweils ersetzt durch: „ — “.
3. Die Tarifnr. 04.02 (Milch und Rahm usw.) erhält mit Wirkung vom 1. November 1964 folgende Fassung:

1	2	3	4	5	6
04.02	Milch und Rahm, haltbar gemacht, eingedickt oder gezuckert:				
	A — nicht gezuckert:				
	I — fest .....	11	18	—	18
	II — andere .....	16,5	26,4	—	26,4
	B — gezuckert:				
	I — fest .....	11	23	—	23
	II — andere .....	16,5	27,9	—	27,9

## § 2

Soweit nach dem Zollltarif in der jeweils geltenden Fassung in der Zeit vom 6. Juli 1961 bis 31. Oktober 1964 Eingangsabgaben bei der Einfuhr von Vollmilchpulver der Tarifnr. 04.02 - A - I - a - 2 und B - I - a - 2 zu erheben waren, die niedriger sind als die sich nach § 1 dieser Verordnung ergebenden Eingangsabgaben, wird der Unterschiedsbetrag nicht nacherhoben; soweit Eingangsabgaben erhoben wurden, die höher sind als die sich nach § 1 dieser Verordnung ergebenden Eingangsabgaben, sind sie auf Antrag zu erstatten.

## § 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

## § 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 8. Dezember 1964

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Der Bundesminister der Finanzen

Dr. Dahlgrün

### Begründung

(1) Aufgrund der Entscheidung der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Festsetzung einer Ausgleichsabgabe nach Art. 46 des EWG-Vertrages bei der Einfuhr von Vollmilchpulver in die Bundesrepublik Deutschland vom 15. März 1961 <sup>1)</sup> und der Entscheidung der Kommission über die Verlängerung der Entscheidung vom 15. März 1961 über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe nach Art. 46 des EWG-Vertrages bei der Einfuhr von Vollmilchpulver in die Bundesrepublik Deutschland vom 13. Dezember 1961 <sup>2)</sup> hat die Bundesrepublik den Deutschen Zolltarif durch die Neunte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1961 (Angleichungszoll für Vollmilchpulver) vom 29. Juni 1961 <sup>3)</sup> und durch die Zweite Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 (Angleichungszoll für Vollmilchpulver) vom 28. Dezember 1961 <sup>4)</sup> den damaligen Möglichkeiten für die Durchführung der Entscheidungen entsprechend geändert.

(2) Durch die Entscheidung der Kommission über die Verlängerung der Entscheidung vom 15. März 1961 über die Festsetzung einer Ausgleichsabgabe nach Art. 46 des EWG-Vertrages bei der Einfuhr von Vollmilchpulver in die Bundesrepublik Deutschland vom 11. Dezember 1962 <sup>5)</sup> ist die Bundesrepublik ermächtigt worden, Angleichungszölle bei der

Einfuhr von Vollmilchpulver aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden bis zur Anwendung einer Abschöpfungsregelung für Vollmilchpulver zu erheben.

(3) Nach der Verordnung Nr. 13/64/EWG des Rats vom 5. Februar 1964 <sup>6)</sup> in Verbindung mit der Verordnung Nr. 82/64/EWG des Rats vom 30. Juni 1964 <sup>7)</sup> wird eine solche Abschöpfungsregelung ab 1. November 1964 angewendet.

(4) Bei der Einfuhr von Vollmilchpulver in die Bundesrepublik darf deshalb ab 1. November 1964 eine Ausgleichsabgabe (Angleichungszoll) nicht mehr erhoben werden.

(5) Unter Berücksichtigung der bei Festsetzung der Höhe der Ausgleichsabgabe nach Art. 3 der Entscheidung der Kommission der EWG vom 15. März 1961 vorgesehenen und nunmehr bekannten Durchschnittspreise ergeben sich für die Zeit vom 6. Juli 1961 bis zum Wirksamwerden der Abschöpfungsregelung die nach dem § 1 dieser Verordnung festgesetzten Angleichungszollsätze.

(6) Eine Schlechterstellung der Betroffenen durch die Neufestsetzung der Angleichungszollsätze gemäß § 1 dieser Verordnung tritt aufgrund der in § 2 dieser Verordnung vorgesehenen Regelung nicht ein.

<sup>1)</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 595/61

<sup>2)</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 137/62

<sup>3)</sup> Bundesgesetzbl. II S. 788

<sup>4)</sup> Bundesgesetzbl. II S. 1684

<sup>5)</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 26/63

<sup>6)</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 549/64

<sup>7)</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften S. 1626/64